

14 K 27/24



Amtsgericht Kamen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Montag, 20.10.2025, 10:00 Uhr,
1. Etage, Sitzungssaal 1, Poststr. 1, 59174 Kamen**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Kamen, Blatt 5912,

BV lfd. Nr. 4

Gemarkung Südkamen, Flur 2, Flurstück 817, Gebäude- und Freifläche, Kantstraße 15, Größe: 583 m²

versteigert werden.

Laut Gutachten handelt es sich um ein Reihenendhaus (Einfamilienhaus) mit ausgebautem Dachgeschoss, voll unterkellert, 2-geschossig, Baujahr 1963, und einer Massivgarage, Baujahr 1979 in Kantstraße 15, 59174 Kamen. Raumaufteilung: Keller: Unterkellerte Terrasse: Kellerraum, Mehrzweckraum. Eine weitere Raumaufteilung ist aus dem Gutachten nicht zu entnehmen. Das Dachgeschoss wird aufgrund der geringen Dachneigung und kleinen Fenstern nicht als Aufenthaltsraum eingestuft. Es wird hierfür lediglich eine Nutzfläche angesetzt. Wohnfläche: ca. 118,18 m², Nutzfläche: ca. 32,97 m².

Eine Innenbesichtigung konnte nicht durchgeführt werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 15.10.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

278.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.